Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/1540
31. 05. 95

Antrag

der Abgeordneten Dr. Ingomar Hauchler, Dr. Uwe Jens, Brigitte Adler, Ingrid Becker-Inglau, Hans Berger, Rudolf Bindig, Dr. Ulrich Böhme (Unna), Hans Büttner (Ingolstadt), Edelgard Bulmahn, Hans Martin Bury, Ludwig Eich, Gabriele Fograscher, Dieter Grasedieck, Dr. Barbara Hendricks, Jelena Hoffmann (Chemnitz), Frank Hofmann (Volkach), Wolfgang Ilte, Jann-Peter Janssen, Volker Jung (Düsseldorf), Sabine Kaspereit, Walter Kolbow, Nicolette Kressl, Volker Kröning, Detlev von Larcher, Dieter Maaß (Herne), Herbert Meißner, Siegmar Mosdorf, Christian Müller (Zittau), Joachim Poß, Hermann Rappe (Hildesheim), Reinhold Robbe, Bernd Scheelen, Siegfried Scheffler, Günter Schluckebier, Dagmar Schmidt (Meschede), Dr. Mathias Schubert, Reinhard Schultz (Everswinkel), Dr. R. Werner Schuster, Dr. Angelica Schwall-Düren, Ernst Schwanhold, Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, Wieland Sorge, Dr. Dietrich Sperling, Jörg-Otto Spiller, Dr. Peter Struck, Adelheid Tröscher, Hans Wallow, Wolfgang Weiermann, Lydia Westrich, Verena Wohlleben, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

21. Weltwirtschaftsgipfel in Halifax am 16. und 17. Juni 1995

Deutsche Initiative für eine beschäftigungswirksame, nachhaltige und solidarische Entwicklung der Weltwirtschaft

Weltwirtschaftliche Ungleichgewichte, Spannungen im internationalen Handels- und Finanzsystem, hohe Arbeitslosigkeit, wachsende Umweltzerstörung, Armut und soziale Not, Gewalt und Kriege in vielen Teilen der Welt sind Herausforderungen, die nur durch eine bessere internationale Zusammenarbeit bewältigt werden können.

Obwohl diese Fragen Gegenstand zahlreicher Weltkonferenzen, internationaler Institutionen und auch der vergangenen Weltwirtschaftsgipfel waren, haben sich globale Gefahren und Spannungen verschärft, blieben Lösungsansätze und Anstrengungen zu ihrer Bewältigung unzureichend.

Der bevorstehende Weltwirtschaftsgipfel in Halifax bietet eine neue Chance, daß sich die großen Industrienationen auf ein konzertiertes Vorgehen einigen, um Initiativen auf den genannten Gebieten voranzubringen. Auch Deutschland ist als eine führende Wirtschaftsmacht in besonderer Weise gefordert.

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich in Halifax für eine durchgreifende Initiative zur Verbesserung der internationalen Kooperation einzusetzen und dabei insbesondere folgende Positionen zu vertreten:

1. Koordination der internationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik

   Die fortschreitende Globalisierung der Märkte schränkt den Handlungsspielraum der einzelnen Staaten in der Konjunktur- und Beschäftigungspolitik, der Finanz- und Geldpolitik ein. Ohne eine bessere internationale Abstimmung zur Konsolidierung der Staatsfinanzen, zur geldpolitischen und währungspolitischen Stabilisierung und zur Förderung der Beschäftigung werden sich die konjunkturpolitischen, die strukturpolitischen und die arbeitsmarktpolitischen Ungleichgewichte verschärfen.

   – Nicht durch unverbindliche Erklärungen auf den Weltwirtschaftsgipfeln, sondern nur durch konkrete institutionelle Vorkehrungen kann die notwendige internationale Kooperation verbessert werden. Die Staats- und Regierungschefs sollen deshalb in Halifax konkrete Schritte vereinbaren, um im Rahmen der Vereinten Nationen neben dem Sicherheitsrat einen Weltwirtschaftsrat einzurichten, der in Abstimmung mit dem IWF und der WTO eine Koordination der globalen Wirtschafts- und Finanz-, Sozial- und Umweltfragen ermöglicht.

2. Fairer internationaler Wettbewerb und soziale und ökologische Verträglichkeit im Welthandel

   Auch nach Abschluß der Uruguay-Runde ist der internationale Handel weiter durch protektionistische Maßnahmen, Wettbewerbsverzerrungen, durch Umwelt- und Sozialdumping und Korruption gefährdet.

   – Die Staats- und Regierungschefs sollen in Halifax Vorkehrungen treffen, daß auf ihrem nächsten Gipfeltreffen abgestimmte Maßnahmen beschlossen werden können, um diesen Problemen im Rahmen der neuen internationalen Handelsorganisation (WTO) wirksam zu begegnen und negative soziale und ökologische Auswirkungen des internationalen Handels einzudämmen.

   – Sie sollen des weiteren vereinbaren, daß ihre Regierungen innerhalb des nächsten Jahres konkrete Maßnahmen abstimmen, um die Vorschläge der OECD zur Bekämpfung der Korruption durch gesetzliche Maßnahmen im eigenen Lande umzusetzen.

3. Das internationale Finanzsystem reformieren

   Die Globalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte und die unkontrollierte Ausweitung neuer Finanzierungsinstrumente, vor allem der Derivate, hat zu einer explosionsartigen Zunahme kurzfristiger, vor allem spekulativer globaler Finanz-

transfers geführt, die von realwirtschaftlichen Zielen abgekoppelt sind. Mit ihren erratischen Auswirkungen auf Zins- und Wechselkurse beeinträchtigen sie eine stetige weltwirtschaftliche Entwicklung, gefährden Wachstum, Investition und Beschäftigung und hebeln nationale Politiken von Regierungen und Zentralbanken aus.

— In Halifax muß eine Initiative ergriffen werden, um eine wirksamere Kooperation in der internationalen Geld- und Währungspolitik zu gewährleisten und um die nationalen Formen der Kreditaufsicht durch ein internationales Regime zu ergänzen, das eine abgestimmte Kontrolle transnationaler Finanzbewegungen ermöglicht und den Zentralbanken wieder einen ausreichenden Spielraum zur währungs- und zinspolitischen Intervention eröffnet. Auch die vom Direktor des IWF vorgeschlagene Einrichtung von währungspolitischen Zielzonen verdient eine ernsthafte Prüfung.

— Die Staats- und Regierungschefs sollen den Auftrag erteilen, Konzepte einer Kontrolle grenzüberschreitender Kapitalbewegungen (u. a. eine von Tobin vorgeschlagene Spekulationsteuer) daraufhin zu prüfen, wie solche Maßnahmen dazu beitragen können, spekulative Finanztransfers zu dämpfen und evtl. eine neue Finanzquelle zur internationalen Entwicklungs- und Umweltfinanzierung zu erschließen.

4. Internationale Finanzinstitutionen reformieren

Die 1944 geschaffenen Bretton-Woods-Institutionen spielen in der internationalen Finanzpolitik und in der Entwicklungsfinanzierung eine zentrale Rolle. Angesichts des globalen Wandels und neuer Herausforderungen haben die Staats- und Regierungschefs in Neapel beschlossen, die Aufgaben und die Wirksamkeit von IWF und Weltbank auf ihrem nächsten Treffen in Halifax einer Prüfung zu unterziehen.

— Die Staats- und Regierungschefs sollen dazu in Halifax eine Reformkommission einsetzen, die sich der Unterstützung der OECD versichert. In ihr sollen neben den wichtigen „Aktionären" der Bretton-Woods-Institutionen auch eine gleiche Zahl von Entwicklungsländern, die für die verschiedenen Weltregionen repräsentativ sind, vertreten sein.

— Diese Kommission soll insbesondere konkrete Vorschläge machen zu einer klaren Abgrenzung zwischen den unterschiedlichen Funktionen dieser Institutionen, zu einer zeitgemäßen Formulierung ihrer Aufgaben (insbesondere auch im Hinblick auf die sozialen und ökologischen Aspekte der Entwicklungsfinanzierung) und zu einer Stärkung der Autorität der Institutionen durch eine größere Repräsentativität der Länder, die von ihren Entscheidungen betroffen sind.

5. Für gemeinsame globale Aufgaben die internationale Finanzierung stärken

Zwischen der Notwendigkeit, gemeinsam wachsende globale Aufgaben zu bewältigen, und der Fähigkeit, sie zu finanzieren,

öffnet sich zunehmend eine Schere. Die in den letzten Jahren bilateral und multilateral zur Verfügung gestellten Mittel für Entwicklung und Umwelt blieben weit hinter den allgemein anerkannten Notwendigkeiten zurück. Es besteht die Gefahr, daß es angesichts verbreiteter nationaler Haushaltsdefizite zu einem drastischen Rückgang des multilateralen Engagements einzelner großer Industrieländer bis zu Renationalisierung und Bilateralisierung der Entwicklungs- und Umweltpolitik kommt.

- In Halifax müssen Vereinbarungen getroffen werden, den jeweiligen nationalen Beitrag zur Entwicklungsfinanzierung (ODA) stufenweise zu erhöhen, so daß die wiederholten Zusagen der Industrieländer, 0,7 % ihres Bruttosozialproduktes dafür einzusetzen, eingelöst werden können.
- Es müssen Vereinbarungen zur Verstärkung der internationalen Liquidität getroffen werden, die den wachsenden globalen Anforderungen für Entwicklung und Umwelt gerecht werden, ohne der Inflation Vorschub zu leisten. Ein internationales Finanzsystem, dessen Reserven in kürzester Zeit durch Krisen wie in Mexiko überbeansprucht werden, ist kein Garant zur Bewältigung künftiger globaler Finanzkrisen.
- Es müssen Absprachen erfolgen, um zu einer gerechteren Lastenverteilung zwischen den Gebern und einer gerechteren Verteilung unter den Nehmern internationaler Finanztransfers zu kommen.

6. Initiativen zur Entschuldung

In den letzten Jahren hat sich der Zufluß privater Finanzmittel in einige wenige Schwellenländer deutlich erhöht. Gleichzeitig sind nach wie vor viele, und vor allem arme und ärmste Entwicklungsländer, von Kapitalzuflüssen ausgegrenzt und so hoch verschuldet, daß ihre Entwicklung blockiert wird. Ihre Zins- und Tilgungsverpflichtungen übersteigen weit ihre wirtschaftliche Leistungs- und Transferfähigkeit. Ein immer größerer Teil der konzessionären Zuflüsse, insbesondere auch durch die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA), kann von diesen Ländern nicht für wirtschaftliche, soziale und ökologische Aufgaben verwendet werden, sondern dient dazu, Altschulden zu bedienen.

- In Halifax müssen die Weichen gestellt werden, um Schuldenerleichterungen für die armen Länder zu bewirken, die über die bisherigen Maßnahmen der Pariser und Londoner Entschuldungsinitiativen hinausgehen.
- Dazu gehört: die Ausarbeitung einer internationalen Insolvenzordnung, eine Entschuldung auch durch die multilateralen Finanzinstitutionen, umfassende bilaterale Entschuldungsprogramme sowie Maßnahmen gegen eine künftige Neuverschuldung der hochverschuldeten Länder, die ihre Leistungsfähigkeit übersteigt. An arme Entwicklungsländer sollen Entwicklungsfinanzierungen nur noch in Form von Zuschüssen geleistet werden, solange diese überschuldet sind.

7. Strategien zur wirtschaftlichen Entwicklung und zur Strukturanpassung differenzieren und sozial und ökologisch verträglich gestalten

Die Erfahrung der letzten zehn Jahre lehrt, daß die vom Internationalen Währungsfonds konzipierten Strukturanpassungsprogramme in vielen Ländern zu hohen sozialen und ökologischen Problemen und Kosten geführt haben, teilweise auch nicht differenziert genug auf den jeweiligen Entwicklungsstand einzelner Länder zugeschnitten waren. Auch die Mexiko-Krise und erneut wachsende Probleme in Argentinien und Brasilien zeigen, daß die Strukturanpassungsprogramme überprüft werden müssen.

- Von Halifax muß eine Initiative ausgehen, damit Strukturanpassungsprogramme mit einem längeren Zeithorizont konzipiert, stärker differenziert, vom Ansatz her bereits sozial und ökologisch orientiert und durch eine ausreichende Entwicklungsfinanzierung flankiert werden.

- Die knappen Mittel der Entwicklungsfinanzierung müssen in Zukunft einerseits auf die ärmsten Länder, andererseits auf die strategischen Engpässe einer eigenständigen Entwicklung und auf globale Sicherheitsprobleme konzentriert werden.

8. Die Ursachen von Gewalt und Kriegen bekämpfen

Die Welt erlebt in den letzten Jahren eine Eskalation regionaler Konflikte, die mit Gewalt, zwischenstaatlichen Kriegen und Bürgerkriegen ausgetragen werden. Das internationale Engagement hat sich bisher einseitig und ohne wirklichen Erfolg auf die bloße Eindämmung bereits bestehender Konflikte konzentriert und für die militärische Konfliktbeilegung gewaltige Finanzmittel aufgewandt.

- Die Staats- und Regierungschefs müssen in Halifax konkrete Schritte abstimmen, um die internationalen Bemühungen zur Friedenssicherung stärker auf Maßnahmen zu konzentrieren, die geeignet sind, die eigentlichen Ursachen von Konflikten zu bekämpfen.

  Dazu gehört die Eindämmung des Waffenhandels. Ohne feste Vereinbarungen werden sich die einzelnen Staaten nicht einseitig aus dem Wettlauf um die Rüstungsmärkte zurückziehen. Die großen Industriestaaten müssen hier eine Vorreiterrolle übernehmen.

  Außerdem müssen Vereinbarungen zu Entwicklungs- und flexiblen Sofortprogrammen zur verbeugenden Friedenssicherung und zum Wiederaufbau in Konfliktgebieten getroffen werden.

- Von großer Bedeutung sind auch gemeinsame Maßnahmen, um den mittel- und osteuropäischen Staaten und der GUS

den Übergang zu sicherer Energienutzung und zur Energieeinsparung zu erleichtern, um die Gefahr nuklearer Katastrophen einzudämmen. G-7-Hilfsprogramme dazu müssen schneller und wirksamer vorangebracht werden.

9. Reform des Weltwirtschaftsgipfels

Auf dem Weltwirtschaftsgipfel sind in der Vergangenheit viele unverbindliche Erklärungen verabschiedet worden, die weder von den einzelnen Staaten noch von den internationalen Institutionen in konkrete Maßnahmen umgesetzt wurden. Die Weltwirtschaftsgipfel wurden zu hektischen, folgenlosen und teuren Medienspektakeln deformiert, von denen im übrigen wichtige Akteure und Betroffene der internationalen Politik ausgeschlossen waren. Um dem Weltwirtschaftsgipfel Substanz und seinen Vereinbarungen mehr Legitimität und Gewicht zu geben, muß er selbst einer Reform unterzogen werden. Die Bundesregierung soll deshalb in Halifax folgende Vorschläge unterbreiten:

– Die großen westlichen Industrieländer sollen nach Halifax nur noch in zweijährigem Turnus einen Gipfel ihrer Staats- und Regierungschefs einberufen, um zwischen diesen Treffen ausreichend Zeit zu gewinnen, fundiertere und konkretere Problemlösungen auszuarbeiten.

– Die G 7 sollen in Halifax eine Vereinbarung treffen, wonach alle zwei Jahre ein globaler Gipfel stattfindet, an dem neben den westlichen Industrieländern eine gleiche Zahl von Staats- und Regierungschefs aus anderen Weltregionen teilnehmen. Eine solche Gipfelkonferenz ist notwendig, solange nicht im Rahmen der Vereinten Nationen ein Weltwirtschaftsrat eingerichtet ist.

– Um die Substanz und die Umsetzung der Beschlüsse zu verbessern, sollen die Gipfeltreffen jeweils durch einen ständigen Ausschuß unterstützt werden, dessen Aufgabe es ist, ein wirksames Monitoring globaler Entwicklungen, eine Überprüfung der Beschlüsse und eine Konkretisierung von Vereinbarungen zu gewährleisten.

Bonn, den 31. Mai 1995

Dr. Ingomar Hauchler
Dr. Uwe Jens
Brigitte Adler
Ingrid Becker-Inglau
Hans Berger
Rudolf Bindig
Dr. Ulrich Böhme (Unna)
Hans Büttner (Ingolstadt)
Edelgard Bulmahn
Hans Martin Bury
Ludwig Eich
Gabriele Fograscher
Dieter Grasedieck
Dr. Barbara Hendricks
Jelena Hoffmann (Chemnitz)
Frank Hofmann (Volkach)
Wolfgang Ilte
Jann-Peter Janssen
Volker Jung (Düsseldorf)
Sabine Kaspereit
Walter Kolbow
Nicolette Kressl
Volker Kröning
Detlev von Larcher
Dieter Maaß (Herne)
Herbert Meißner
Siegmar Mosdorf
Christian Müller (Zittau)
Joachim Poß
Hermann Rappe (Hildesheim)
Reinhold Robbe
Bernd Scheelen
Siegfried Scheffler
Günter Schluckebier
Dagmar Schmidt (Meschede)
Dr. Mathias Schubert
Reinhard Schultz (Everswinkel)
Dr. R. Werner Schuster
Dr. Angelica Schwall-Düren
Ernst Schwanhold
Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk
Wieland Sorge
Dr. Dietrich Sperling
Jörg-Otto Spiller
Dr. Peter Struck
Adelheid Tröscher
Hans Wallow
Wolfgang Weiermann
Lydia Westrich
Verena Wohlleben
Rudolf Scharping und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333